

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Herr Meier

Siegen, 26.07.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Haupt- und Finanzausschuss** **31.08.2022**

Kurzbezeichnung:

**Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Kruckel — Dauersberg, Bl. 4319, Abschnitt C Punkt Attendorn — Landesgrenze Rheinland-Pfalz in Oberschelden, Stadt Siegen, EnLAG-Vorhaben Nr. 19**

### Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Siegen nimmt die Informationen der Verwaltung zum Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Kruckel — Dauersberg, Bl. 4319, Abschnitt C Punkt Attendorn — Landesgrenze Rheinland-Pfalz in Oberschelden, Stadt Siegen, EnLAG-Vorhaben Nr. 19 der Bezirksregierung Arnsberg und den Umgang mit den städtischen Stellungnahmen zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Mit Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Arnsberg vom 07.07.2022 wurde das Vorhaben der Amprion GmbH und der DB Energie GmbH (nachfolgend: Vorhabenträgerin) festgestellt. In der abschließenden Gesamtbewertung kommt die Planfeststellungsbehörde zu folgender Einschätzung:

*„Das Vorhaben wird zugelassen, da es im Interesse des öffentlichen Wohls unter Beachtung der Rechte Dritter im Rahmen der planerischen Gestaltungsfreiheit vernünftigerweise geboten ist.*

*Der mit dem festgestellten Plan beabsichtigte Leitungsbau ist aus Gründen des Allgemeinwohls erforderlich. Die Planung ist gerechtfertigt.*

*Das Vorhaben ist zur Lösung der anstehenden Probleme bei der Energie-/ Stromversorgung sowie zur langfristigen Sicherstellung der Stromversorgung geeignet. Mit*

*dem Vorhaben und der gewählten Trasse werden die anstehenden Ziele erreicht. Eine Alternative oder eine andere Trassenvariante, mit der die anstehenden Ziele besser erreicht und die mit dem Vorhaben zusammenhängenden Beeinträchtigungen und Konflikte besser gelöst werden könnten, bietet sich vorliegend nach Abwägung aller Belange nicht an.*

*Gründe, die zu einer Ablehnung der beantragten Planung führen, sind nicht ersichtlich und haben sich auch während des Verfahrens nicht ergeben. Optimierungsgebote sind beachtet worden.*

*Bei Abwägung aller Belange erweist sich die Planung auch als vernünftig. Die Planfeststellungsbehörde bewertet das öffentliche Interesse am Bau der Freileitung höher als entgegenstehende andere öffentliche und private Belange. Sie ist überzeugt, dass die von dem Vorhaben ausgehenden Beeinträchtigungen öffentlicher und privater Belange insgesamt auf das unabdingbare Maß begrenzt werden.*

*Dennoch verbleibende Nachteile sind durch die verfolgte Zielsetzung gerechtfertigt und müssen im Interesse des Allgemeinwohls hingenommen werden.“*  
(vgl. Abschnitt B, Nr. 8. Abschließende Gesamtbewertung, Seite 421)

Die Stadt Siegen hat vom Planfeststellungsbeschluss im Zuge der Abstimmung der Rahmenbedingungen für die Bekanntmachung und der erforderlichen Auslegung am 13.07.2022 telefonisch erfahren. Zeitgleich hat die Ampriom GmbH eine Pressemitteilung an die örtlichen Tageszeitungen versandt.

Mit Schreiben vom 20.07.2022 (Posteingang: 25.07.2022) wurde die Stadt hierüber offiziell in Kenntnis gesetzt. Der zeitliche Ablauf, die Art und Weise der Abstimmung und die Abwicklung innerhalb der Ferienzeit wird deutlich kritisiert.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am 23.07.2022. Die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses und der dazugehörigen Unterlagen fand in der Zeit vom 26.07.2022 bis zum 08.08.2022 (einschließlich) statt. In diesem Zeitraum konnten die Unterlagen auf der Internetseite der Bezirksregierung Arnsberg eingesehen werden. Zusätzlich lagen die Unterlagen in den betroffenen Kommunen in den jeweiligen Rathäusern aus.

Der Planfeststellungsbeschluss soll dauerhaft auf der Internetseite der Bezirksregierung Arnsberg abrufbar sein (<https://www.bra.nrw.de/-2205>).

Mit dem Ende der Offenlage gilt der Planfeststellungsbeschluss allen Beteiligten – auch der Stadt Siegen – gegenüber als zugestellt. Die Rechtsbehelfsfrist von einem Monat läuft vom Beginn des ersten Tages nach Ablauf der zweiwöchigen Auslegungsfrist und endet am 08.09.2022.

Eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss ist nur zulässig, wenn der Kläger/ die Klägerin geltend machen kann, durch die Planfeststellung in eigenen Rechten verletzt zu sein.

Die Stadt Siegen hat im Laufe des Planfeststellungsverfahrens von Ihrem Recht Gebrauch gemacht, Stellungnahmen in das Verfahren einzubringen. An dieser Stelle wird auf die Vorlagen 1759/2018, 1759/2018 A, 168/2021 und 823/2022 verwiesen.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte der Stellungnahmen und deren Abwägung durch die Vorhabenträgerin bzw. der Planfeststellungsbehörde kurz zusammengefasst:

### **Industrie- und Gewerbepark Oberschelden/ Seelbach**

Ziel der Stellungnahmen war es, dass durch die Planfeststellung möglichst geringe Einschränkungen für die perspektivische Umsetzung des geplanten Industrie- und Gewerbegebiets entstehen. Die Beeinträchtigung besteht vor allem durch erforderliche Schutzstreifen, die durch die höheren Masten breiter als bei den Bestandsmasten ausfallen. Innerhalb der Schutzstreifen gelten Restriktionen, die die bauliche Ausnutzbarkeit einschränken.

Grundsätzlich sieht die Planfeststellungsbehörde die Planungen zum Gewerbepark als nicht ausreichend konkret und verfestigt an, so dass diese nicht zu berücksichtigen sind und verweist auf ein Urteil vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urteil v. 05.11.2002 – 9 VR 14.02). Demnach müssen die Planunterlagen öffentlich ausgelegt worden sein, um als hinreichend konkret und verfestigt zu gelten. Dies ist nicht der Fall.

Für die Bauleitplanverfahren zur „76. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen“ sowie zu dem Bebauungsplan Nr. 356 „Industrie- und Gewerbepark Oberschelden/ Seelbach“ wurde bisher keine Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB durchgeführt. Die städtische Planung dürfte somit nicht als hinreichend konkret und verfestigt gelten.

Andersherum ist spätestens durch das Anhörungsverfahren bzw. durch den Planfeststellungsbeschluss die Höchstspannungsfreileitung in Bauleitplanverfahren künftig zu berücksichtigen. Der aufgezeigte Konflikt mit einem Maststandort und der Straßenplanung für den Gewerbepark kann aus den zuvor genannten Gründen nicht berücksichtigt werden. Hier müsste die Straßenplanung angepasst werden.

Durch die zweite Planänderung erfolgte eine Änderung der Mastformen, wodurch die Schutzstreifen reduziert wurden. Dadurch stehen mehr Flächen ohne Einschränkungen für die gewerbliche Baulandentwicklung zur Verfügung. Damit wurde zumindest teilweise auf Einwendungen im Rahmen der Stellungnahme im Jahr 2018 reagiert. Die Inanspruchnahme von Flächen für Schutzstreifen ist insgesamt als gering zu bewerten. Somit werden neben der kommunalen Planungshoheit auch die Rechte der Stadt als Grundstückseigentümerin in diesem Bereich nicht unverhältnismäßig eingeschränkt.

Die städtische Forderung nach höheren Masten, um darunter Bauhöhen bis 12 m zu ermöglichen, wurde zurückgewiesen. Dies wird vor allem damit begründet, dass die Realisierung, die an einen Autobahnanschluss geknüpft ist, aus Sicht der Planfeststellungsbehörde in naher Zukunft nicht realistisch ist und der vorlaufende Eingriff in das Landschaftsbild nicht zu rechtfertigen sei.

Es wird zudem auf ein Urteil vom Bundesverwaltungsgericht vom 11.01.2001 verwiesen (4 A 12/99), in dem entschieden wurde, dass auch einer Gemeinde, deren Entwicklungsmöglichkeiten bereits durch andere Flächeninanspruchnahmen erheblich eingeschränkt sind, zugemutet werden kann, sich bei ihrer weiteren Planung auf ein Vorhaben einzustellen, das wichtigen überörtlichen Belangen dient. Die Planfeststellungsbehörde argumentiert weiter, dass die kommunale Planungshoheit im Wesentlichen erhalten bleibt, so dass die Einwendung nicht durchgreift (vgl. Abschnitt B Nr. 6.2 Kommunale Belange, Seite 289).

**Alternativer Trassenverlauf im Bereich der Ortschaft Meiswinkel / Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit**

In den Stellungnahmen der Stadt Siegen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger hoch ist und dass das Schutzgut Mensch nicht mit tatsächlichem Gewicht in die Abwägung eingestellt wurde. In Abwägung aller Schutzgüter hat sich die Stadt Siegen im Bereich Meiswinkel für die alternative Trassenführung ausgesprochen und für alle weiteren siedlungsnahen Trassenabschnitten den Einsatz von Erdkabeln oder alternativ den Einsatz von Kompaktmasten zur Reduzierung der elektrischen Feldstärke bzw. magnetischen Flussdichte und damit zum verbesserten vorsorgenden Schutz der Wohnbevölkerung gefordert.

Der Einsatz von Erdkabeln wird aufgrund der längeren Haltbarkeit von Freileitungen, dem geringeren Aufwand bei Reparaturen und auch der Kosten abgelehnt. Zudem erfolgt der Hinweis, dass das Planvorhaben nicht zu den im § 2 Abs. 1 EnLAG als Erdkabelprojekt ausgewiesenen Projekten gehört.

Darüber hinaus ist die Vorhabenträgerin in Meiswinkel beim Trassenverlauf innerhalb der Bestandstrasse geblieben und die Planfeststellungsbehörde sieht hierin keinen Abwägungsfehler und führt aus:

*„Die Beeinträchtigung der Wohn- und Wohnumfeldfunktion durch die neuen höheren Masten wurden in der Umweltstudie in der Anlage 14 der Planunterlagen durch den veränderten Raumanspruch von Masten und Freileitung im Trassenumfeld bis zu 200 m als deren visuelle Wirkung bewertet und durch die Planfeststellungsbehörde nachvollzogen (vgl. Abschnitt B, Nr. 4.2.1 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit, Seite 84).“*

Mit dieser Formulierung macht sich die Planfeststellungsbehörde die Umweltstudie zu Eigen und vertritt die Sichtweise, dass die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und die menschliche Gesundheit zum einen ausreichend dargestellt werden und zum anderen keine erheblichen Auswirkungen durch das Vorhaben zu erwarten sind.

Die in der Umweltstudie und auch im Planfeststellungsbeschluss getroffenen Aussagen, dass aufgrund der Vorbelastung durch die vorhandenen 110-kV- und 220-kV-Freileitungen die visuelle Auswirkungen als vernachlässigbar einzustufen sind und von einer weiteren Untersuchung abgesehen wird, werden dem Auftrag, sämtliches, erforderliches Abwägungsmaterial für eine sachgerechte Abwägung zusammenzutragen nicht gerecht.

Die Bewertung des Schutzgut Mensch aufgrund der Vorbelastung mit einer maximal mittleren Auswirkintensität im direkten Trassenumfeld bis zu 200 m ist aus Sicht der Stadt nicht nachvollziehbar (vgl. Abschnitt B, Nr. 4.2.1 Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit Begründung, Seite 85).

Dies spiegelt sich auch nicht in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung wieder. Für die Ortschaften Seelbach und Oberschelden variiert die „Empfindlichkeit gegenüber veränderten Raumanspruch der Masten und der Höchstspannungsfreileitung (visuelle Wirkung)“ zwischen mittel und hoch. Im Bereich der Ortschaft Meiswinkel wird die visuelle Wirkung ausschließlich als hoch festgestellt (Umweltstudie, Anlage B3, Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Blätter 20, 24, 25, 26). Die Zahl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Meiswinkel im direkten Trassenumfeld ist mit ca. 70 Grundstücken nicht unerheblich.

Nach Einschätzung der Stadt liegt dem Planfeststellungsbeschluss hier eine falsche Bewertung und dadurch begründet eine nicht sachgerechte Abwägung zu Grunde.

**Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch stellen jedoch keinen Belang der Stadt Siegen dar, der geltend gemacht werden könnte. Dies obliegt den Betroffenen selbst.** Die Planfeststellungsbehörde unterstreicht dies mit dem Verweis auf ein aktuelles Urteil vom Bundesverwaltungsgericht vom 07.10.2021 (4 A 9.19). In diesem wird ausgeführt, dass die Beteiligung der Kommunen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens demnach der Wahrnehmung ihrer u.a. planungshoheitlichen Belange dient, jedoch nicht zur Wahrnehmung sonstiger Belange Dritter oder der Gemeindebürger, wie z.B. des Naturschutzes, dem Schutz vor visuellen Beeinträchtigungen oder Lärmschutzinteressen.

Es ist aus städtischer Sicht unbefriedigend, dass dem Schutzgut Mensch nicht angemessen Bedeutung zugestanden wird und von weiteren Untersuchungen abgesehen wurde.

Für Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit durch die visuelle Wirkung scheint keine Behörde zuständig zu sein. Hier werden die Bürgerinnen und Bürger sich ein Stück weit selbst überlassen. Umso wichtiger ist die Rolle der Bezirksregierung Arnsberg bezüglich dieses Schutzgutes zu bewerten.

#### **Fazit**

Die kommunale Planungshoheit gemäß Artikel 28 GG und auch die Rechte der Stadt als Grundstückseigentümerin werden nach Einschätzung der Stadt nicht ausreichend im Sinne der Rechtsprechung eingeschränkt, um eine Klage begründen zu können.

Darüber hinaus kann nach geltender Rechtsprechung eine Gemeinde eine Rechtsverletzung durch einen Planfeststellungsbeschluss nicht schon deshalb geltend machen, weil das Vorhaben auf dem Gemeindegebiet verwirklicht werden soll oder von ihm nachteilige Einwirkungen auf Grundstücke im Gemeindegebiet ausgehen werden. Solche tatsächlichen Auswirkungen des Vorhabens berühren zunächst einmal nur die Interessensphäre und nicht Rechte der Gemeinde (BVerfG DVBl. 1981, 374; BVerwG UPR 2000, 357; zur Störung des Ortsbildes durch das Vorhaben s. BVerwG NVwZ 2001, 90; VGH München DÖV 1986, 208; OVG Lüneburg NVwZ-RR 2003, 478).

Zudem sind Gemeinden nicht berechtigt, sich über die Anrufung der Gerichte zum Kontrolleur der zur Wahrung öffentlicher Belange jeweils berufenen staatlichen Behörden aufzuschwingen. Ebenso kann eine Kommune auch nicht die grundrechtlich geschützten Abwehrinteressen ihrer Einwohner bei sich bündeln, indem sie diese als Sachwalterin der örtlichen Gemeinschaft geltend macht (BVerwG NVwZ 2006, 1055 [1058] unter Verweis auf BVerwG NVwZ 1993, 884 [886]; BVerwG E 100, 388 [391] = NVwZ 1997, 169; NVwZ-RR1999, 554).

**Aufgrund der vorherigen Erläuterungen und der nicht vorhandenen Erfolgsaussichten wird auf Rechtsmittel gegen den Planfeststellungsbeschluss verzichtet.**

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

|                           |                       |                          |  |  |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|
| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objektbezogene Einzahlungen | Abstimmung mit dem Kämmerer<br><input type="checkbox"/> ist erfolgt.<br><input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|

## Veranschlagung

|  |  |                               |                                  |  |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> im Finanzplan | <input type="checkbox"/> im Ergebnisplan | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Kostenträger/<br>Investitionscode<br><br>Sachkonto |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|--|

## Klimaschutz

| Klimarelevanz   | Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen  | Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen                               | Bestehen alternative Handlungsoptionen?                      |
|---|--|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Nein<br><input type="checkbox"/> Ja, positiv<br><input type="checkbox"/> Ja, negativ<br><input type="checkbox"/> Prüfbedarf | <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion<br><input type="checkbox"/> geringe Reduktion<br><input type="checkbox"/> geringe Erhöhung<br><input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung | <input type="checkbox"/> Ja<br><input type="checkbox"/> Nein<br><input type="checkbox"/> Unbekannt | <input type="checkbox"/> Nein<br><input type="checkbox"/> Ja |
| Erläuterung Klimarelevanz   |  |  |  |
| Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)  |  |  |  |

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann  
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.